

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.05.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Beteiligung der Stadt Meerbusch in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Meerbusch an der „U18-Wahl“ zur Bundestagswahl im September 2017 Vorlage: FB2/0596/2017	4
3 Sachstand Partizipationsprojekt Vorlage: FB2/0171/2017	5
4 Übernahme des Trägeranteils für die 6. Gruppe der Kita „Schatzinsel“ in Strümp in Trägerschaft des OBV Meerbusch e. V. Vorlage: FB2/0597/2017	6
5 Spielplatzkonzept 2030 - Bürgerbeteiligung Vorlage: FB2/0172/2017	7
6 Anträge	8
7 Anfragen	8
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
9 Termin der nächsten Sitzung: 28. Juni 2017	8
10 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Anwesend ab 17.10 Uhr - TOP 2

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Abwesend zu TOP 4 - 17.05 bis 17.10 Uhr

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Jürgen Eimer zu TOP 4 - 17.05 bis 17.10 Uhr

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Barbara Blättermann Sachkundige Bürgerin

Vertretung für Frau Daniela Glasmacher

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Frau Monika Driesel Sachkundige Bürgerin

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Frau Brigitte Scheer Freie Vereinigungen

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

Abwesend zu TOP 4 - 17.05 bis 17.10 Uhr

Herr Hans-Georg Gollan BDKJ

Vertretung für Herrn Markus Lange

Herr Daniel Marzinzik Jugendfeuerwehr Meerbusch

Herr Klaus Mock NABU

Vertretung für Frau Sigrid Brennecke

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Engel Polizeibehörde

Anwesend ab 17.10 Uhr - TOP 2

Frau Julia Lehmann Katholische Kirchengemeinden

Herr Markus Schmidt Jugendamtselternbeirat

Anwesend ab 17.10 Uhr - TOP 2

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Rosalia Helbig Fachbereich 2

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans

Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf

Fachbereich 2

es fehlen:

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Christian Bößen

Förderkreis Lanker Pfadfinder
e.V.

Frau Sigrid Brennecke

NABU

Herr Markus Lange

BDKJ

Beratende Mitglieder

Herr Frank Bachmann

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

Frau Martina Ketzer

Evangelische Kirchengemeinde

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Frau Katja Schulz

Integrationsrat

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ihr Vorschlag, TOP 4 – Übernahme des Trägeranteils für die 6. Gruppe der Kita „Schatzinsel“ in Strümp in Trägerschaft des OBV Meerbusch e.V. – vorzuziehen und nach der Einwohnerfragestunde zu behandeln, wird einvernehmlich angenommen. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 4. Sonstige Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Beteiligung der Stadt Meerbusch in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Meerbusch an der „U18-Wahl“ zur Bundestagswahl im September 2017 Vorlage: FB2/0596/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss unterstützt das Konzept zur Teilnahme an der U18-Wahl zur Bundestagswahl im September 2017. Aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Bedeutung des Themas sollen die erforderlichen Mittel zur Durchführung über den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Meerbusch im Rahmen der „Besonderen Projektförderung“

- zu 100 % durch den Stadtjugendring abgerechnet werden können,
- die Höchstzuschussgrenze von 1.000 € ausgesetzt und
- die Projektfördermittel von bis zu 6.000 € für das Projekt reserviert werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz begrüßt die Möglichkeit, über dieses wichtige Thema zu sprechen und verweist auf die thematisch verwandte Beratung im gestrigen Schulausschuss über die geplante Einführung des kommunalpolitischen Praktikums. Mit dem Stadtjugendring und den 4 weiterführenden Schulen unterstützt durch das Jugendamt sei das Projekt gut aufgestellt. Die Kinder und Jugendlichen hätten so Gelegenheit, die Vorgänge kennenzulernen und zu üben, die im Rahmen einer Wahl vor und hinter den Wahlurnen stattfänden.

Frau Rieth berichtet sodann über den praktischen Ablauf der U18-Wahl im Vorlauf zur Bundestagswahl am 24.09.2017.

Ratsherr Eimer hält das Projekt für lobens- und unterstützenswert. Ergänzend bittet er um Information, warum erst den Schülern ab 7. Klasse die Wahlmöglichkeit in den Schulen offen stehe, die 5. und 6. Klassen würden an die Jugendeinrichtungen verwiesen. Könnten alle in den Schulen wählen, verspreche er sich davon eine höhere Wahlbeteiligung und entsprechend ein repräsentativeres Ergebnis.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass die Planung in Abstimmung mit den jeweiligen Schulleitungen erfolgt sei. Da in der 7. Klasse Politik als Unterrichtsfach bereits auf dem Stundenplan stehe, sei eine Verknüpfung der U18-Wahl mit dem Unterricht gut herzustellen. Sollten auch jüngere Kinder in den Schulen wählen wollen, so sei dies aber grundsätzlich auch möglich.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass auch organisatorische Gründe seitens der Schulen zugrunde lägen, denen die Durchführung aufgrund der Anzahl der Schüler erst ab Klasse 7 möglich sei.

Ratsherr Fliege hebt positiv hervor, dass sich eine so große Zahl an Akteuren an diesem Projekt beteilige und wirbt für Unterstützung.

Abschließend erfolgt die einvernehmliche Zustimmung.

3 Sachstand Partizipationsprojekt Vorlage: FB2/0171/2017

Erster Beigeordneter Maatz richtet zunächst die Entschuldigung der Frau Bundrock-Muhs aus, die aufgrund eines bereits länger geplanten Urlaubs nicht an der Sitzung teilnehmen könne.

Sodann berichtet Frau Rieth nochmals kurz zum Sachstand. Sie macht eingangs deutlich, dass Partizipation in Meerbusch kein grundsätzlich neues Thema sei, zumal es sich um eine Pflichtaufgabe nach SGB VIII handle. Jugendarbeit, ob in eigenen Maßnahmen, in Einrichtungen oder in den Jugendverbänden sei ohne Partizipation nicht denkbar, auch in den Schulen seien Schülervertretungen seit vielen Jahren selbstverständlich. Partizipation sei somit kein grundsätzlich neues Feld, hier allerdings durch die Projektform und die Bearbeitung von Teilprojekten bedeutsam. Neben dem Bau der Skateranlage als sog. Leuchtturmprojekt gebe es weitere Projekte. Für alle gelte richtungsweisend der Gedanke, dass Jugendliche Fachleute in eigener Sache seien, deren Wissen zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit nicht ungenutzt bleiben sollte, wozu diese Projekte gut geeignet seien.

Erster Beigeordneter Maatz ergänzt in Erinnerung an die Fragestellung in der gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfe und Schule nach der Rolle der Stadt, dass es sich bei den angesprochenen Projekten ausschließlich um Projekte in der Verantwortung der querkopf akademie handle. Für die Stadt nehme er an allen notwendigen Besprechungen teil, stelle soweit erforderlich Kontakte her und veranlasse ggf. Hilfestellung durch Verwaltungsleistung.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Wartchow zum Stand des Skaterprojektes erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass der Stand der bislang eingeworbenen Spenden nicht bekannt sei. Zur Realisierung des Projektes gebe es klare Vorgaben des Rates und nach seiner Kenntnis sei ein baldiger Abschluss noch nicht in Sicht. Frau Bundrock-Muhs sei jedoch hinsichtlich des Projekterfolges weiterhin guten Mutes und voller Optimismus.

Ratsherr Jörgens berichtet, dass er in das Partizipationsprojekt involviert sei und er den Eindruck habe, dass das Projekt in den letzten 3 Monaten deutliche Fortschritte gemacht habe. Die Sparkasse sei zwischenzeitlich als potenter Förderer eingestiegen, die städt. Wirtschaftsförderung habe Adressen vermittelt, die Werbung um größere Spenden beginne daher erst. Zwar seien auch die bereits erhaltenen Kleinspenden nennenswert, angesichts des erforderlichen Betrages jedoch eher von symbolischem Charakter. Viele Hürden seien zu überwinden gewesen. Problematisch sei auch die Verfügbarkeit der Jugendlichen und die Aufrechterhaltung deren Motivation. Zum einen sei eine möglicherweise mehrjährige Dauer zur Realisierung eines solchen Projektes für die Ausschussmitglieder nicht ungewöhnlich, für die Jugendlichen aber schwierig. Zum anderen gebe es einen gewissen Widerstand der Schulen bezüglich der Zusammenarbeit. Die Jugendlichen verbrächten einen Großteil ihres Tages in Schulen und es sei unrealistisch, sie noch nach der Schule zu entsprechenden Aktivitäten gewinnen zu können; eine Kooperation mit den Schulen sei daher bedeutsam. In diesem Zusammenhang merkt Ratsherr Jörgens an, dass ein weiteres

Beteiligungsprojekt in der Vorlage fehle, die sog. Stadt-SV. Bekanntermaßen gebe es bei den Schulen erheblichen Widerstand, weshalb in den nächsten Wochen und Monaten versucht werden sollte, diesen aufzulösen.

Vorsitzende Schoppe berichtet über ihr letztes Gespräch mit Frau Bundrock-Muhs vor ca. 3 Wochen bezüglich der vorliegenden Informationsvorlage. In diesem Gespräch sei die Stadt-SV kein Thema gewesen, möglicherweise aber bedingt durch die Probleme mit den Schulen.

Ratsherr Eimer regt eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Jugend und Schule an, um über beide Bereiche betreffende Themen beraten zu können. Obwohl oftmals dieselbe Zielgruppe angesprochen sei, fänden bislang getrennte Beratungen in unterschiedlichen Ausschüssen statt, so z.B. zu den Themen U18-Wahl, Partizipationsprojekte der Querkopf Akademie, ISEK, Spielplatzkonzept, kommunalpolitisches Praktikum.

Vorsitzende Schoppe hält den Vorschlag für überlegenswert, allerdings müsse das Ziel einer gemeinsamen Sitzung definiert sein. Die Möglichkeiten würden geprüft.

Ratsherr Fliege unterstützt die Aussagen von Ratsherrn Jörgens und hält es für erforderlich, dass der JHA Signale setze und aktive Unterstützung leiste. Die strikte Verweigerung der Schulleitungen im Hinblick auf die Stadt-SV halte er für nicht nachvollziehbar. Es müssten dringend Gespräche zur Klärung erfolgen. Im Ergebnis werde den Schülern derzeit durch die Schule eine Partizipation verweigert.

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass Frau Bundrock-Muhs bereits mit einigen Schulleitern Gespräche geführt habe.

Vorsitzende Schoppe verweist abschließend darauf, dass diese unterschiedlichen Standpunkte durch Frau Bundrock-Muhs mit den jeweiligen Schulleitungen zu klären seien.

4 Übernahme des Trägeranteils für die 6. Gruppe der Kita „Schatzinsel“ in Strümp in Trägerschaft des OBV Meerbusch e. V. Vorlage: FB2/0597/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den 4%-igen Trägeranteil an den Kindpauschalen für die zum nächsten Kindergartenjahr in Betrieb gehende 6. Gruppe in der Kita „Schatzinsel“ in Meerbusch-Strümp dauerhaft zu übernehmen und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Vereinbarung mit dem Träger „OBV Meerbusch e. V.“ zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Wie zu Sitzungsbeginn vereinbart, erfolgt die Beratung unmittelbar nach der Einwohnerfragestunde.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens, warum erst für die zusätzliche 6. Gruppe die Übernahme des Trägeranteils beantragt werde, erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass der Betrieb dieser Gruppe aufgrund erweiterter Öffnungszeiten mit erhöhten Personal- und Betriebskosten verbunden sei, was die Übernahme des Trägeranteils rechtfertige. Zudem sei die Problematik bekannt, dass die Kindpauschale seit geraumer Zeit nicht auskömmlich und damit eine Unterfinanzierung der Träger gegeben sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine seitens des StGB NRW bereits an die neu zu wählende Landesregierung gerichtete Anforderung einer neuen Regelung.

Ratsherr Neuhausen unterstützt den Beschlussvorschlag und weist darauf hin, dass die Stadt bereits für nahezu alle örtlichen Träger den vollständigen Trägeranteil übernehme.

Sodann erfolgt die einstimmige Beschlussfassung.

Ratsherr Eimer und sachkundige Bürgerin Funke nehmen an Beratung und Abstimmung nicht teil.

5 Spielplatzkonzept 2030 - Bürgerbeteiligung

Vorlage: FB2/0172/2017

Erster Beigeordneter Maatz erläutert eingangs zur Entstehung des im Entwurf vorliegenden Spielplatzkonzeptes, dass die Erhebung der Basisdaten im Tech. Dezernat begonnen worden sei und die Bürgermeisterin die Federführung 2015 dem Jugenddezernat übertragen habe. In einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe seien alle vorhandenen Spielflächen einer qualitativen Prüfung mit einem einheitlichen Prüfraster unterzogen worden. Das im Konzeptentwurf dargestellte Ampelsystem ermögliche einen guten Überblick über die vielfältigen Bewertungskriterien und deren Einordnung. Mit diesem Spielplatzkonzept solle ein konzeptioneller Rahmen für künftige Einzelmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Immer schon habe es in Meerbusch bei geplanten Schließungen und der Gestaltung von Spielplätzen Bürgerbeteiligung gegeben. Für den vorliegenden Konzeptentwurf habe die Bürgermeisterin eine stadtteilbezogene Bürgerbeteiligung vorgesehen. Die erste Veranstaltung finde am Donnerstag, den 11. Mai ab 19.00 Uhr in der Pastor-Jacobs-Grundschule in Lank statt.

Fachbereichsleiter Annacker verweist ergänzend auf die positive Presseberichterstattung der letzten Tage. Er halte den im September 2016 vorgestellten Konzeptentwurf, der bisher lediglich redaktionelle Änderungen erfahren habe, für gut geeignet, um Bürgerbeteiligung zu üben. Zunächst würden die wesentlichen Inhalte im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation vorgestellt, dann seien die Bürger zur Diskussion in großen oder kleinen Gruppen eingeladen. Die Bürgerbeteiligung beinhalte die Botschaft, dass Kinder und Jugendliche nicht vergessen werden sollten. Sowohl Einzelpersonen als auch Kindertageseinrichtungen und Schulen seien konkret angesprochen. Die Einschätzungen, Anregungen und Vorschläge der Bürger würden in einem abschließenden Resümee zusammengefasst und in die weiteren Planungen einbezogen. Die Einladung für den 11.05. sei über Plakatierung in Lank-Latum sowie den Rheingemeinden an Spielplätzen, in Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie die Presseberichterstattung erfolgt. Die Termine in den sonstigen Stadtteilen würden rechtzeitig bekannt gegeben.

Auf Hinweis von sachkundigem Bürger Gollan werde bei der Veranstaltung in Strümp auch Bösinghoven einbezogen.

Ratsherr Neuhausen befürwortet die Durchführung von Bürgerbeteiligung; es bleibe abzuwarten, wie die Resonanz ausfalle. Da diese Form der Partizipation im Bereich der Spielplätze auch für die Bürger neu sei, soll man sich nicht entmutigen lassen. Auch bei anderen Themen solle Beteiligung forciert werden.

Bezugnehmend auf die Mittelbereitstellung im JHA berichtet sachkundiger Bürger Marzinzik, dass für den Spielplatz in Bösinghoven ein funktional gänzlich anderes Gerät angeschafft worden sei. Es werde kritisiert, dass dieses Gerät für kleinere Kinder nicht nutzbar sei. Ratsherr Lerch schließt sich der Kritik an.

Fachbereichsleiter Annacker sagt Klärung und Information zu.

Ergänzung der Schriftführerin

Erläuterung des SB 11 zur Beschaffung des neuen Spielgerätes:

Das ausgewählte Spielgerät bietet unterschiedliche Spielfunktionen. Es fördert verschiedene Bewegungsaktivitäten, wie z.B. klettern, rutschen und balancieren. Darüber hinaus gibt es mehrere kleine Raumelemente mit verschiedenen Öffnungen auf gekippten Ebenen, die vielfältige Möglichkeiten zum Verstecken und Durchsteigen bieten. Die Nischen vermitteln das Gefühl von Geborgenheit und geben genug Raum für verschiedenste Rollenspiele.

Das Spielgerät ist laut Herstellerangaben für Kinder ab 3 Jahren geeignet. Sollte das Gerät die Erwartungen nicht erfüllen, wird die Verwaltung gerne vor Ort mit den Kindern und Eltern Möglichkeiten für eine Erweiterung des Spielangebotes abstimmen.

Ratsherr Neuhausen greift die Kritik auf und regt nochmals die erneute Bildung der Spielplatzkommission an. In 3 bis 4 Sitzungen pro Jahr sei gerade auch über die Neuanschaffung von Spielgeräten diskutiert worden, Vorschläge seien erarbeitet und dem JHA zur Entscheidung vorgelegt worden.

Sachkundige Bürgerin Funke unterstreicht nochmals die Bedeutung der Einbeziehung von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Insbesondere die Grundschüler seien für entsprechende Befragungen zu begeistern.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass die städtischen Kindertageseinrichtungen bereits involviert seien. Soweit möglich, würden mit den Kindern Erkundungen vor Ort durchgeführt. Auch in den Grundschulen sei ein entsprechender Vorstoß erfolgt, die Resonanz bleibe abzuwarten. Hier sei zu berücksichtigen, dass solche Exkursionen in den Schulalltag integrierbar sein müssten. Möglicherweise könne die OGATA eingebunden werden.

6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die der Einladung beigefügte Beschlusskontrolle.

9 Termin der nächsten Sitzung: 28. Juni 2017

10 Verschiedenes

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Meerbusch, den 17. Mai 2017

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in